

NEIN, EINE GRENZE HAT TYRANNENMACHT!

Das Schicksal der Menschheit steht auf dem Spiel!

25. Februar 2011

Von Helga Zepp-LaRouche,
Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit spielt sich ein Drama ab, bei dem es um nichts weniger als die Existenz der menschlichen Zivilisation geht, zumindest in der Form, wie wir sie kennen. Wie in einem gigantischen Erdbeben, das den gesamten Planeten erfasst hat, breiten sich Freiheitskämpfe, Massendemonstrationen und Destabilisierungen aus. Das System der Globalisierung zerbricht – mit ungewissem Ausgang.

Die Menschheit wird gerade einem Test unterzogen, ob wir die moralische Überlebensfähigkeit besitzen oder nicht. Die Frage ist, ob wir rechtzeitig das, was Papst Johannes Paul II. einmal als „Strukturen der Sünde“ bezeichnet hat, abstreifen und durch eine politische und vor allem wirtschaftliche Ordnung ersetzen können, die mit der Schöpfungsordnung, also den Gesetzen des physischen Universums übereinstimmt.

Angesichts des drohenden Staatsbankrotts der USA, vieler Staaten in Europa und den sogenannten Entwicklungsländern, die längst daran gehindert wurden, sich zu entwickeln, und einer in der Bevölkerung immer weiter verbreiteten Ahnung, daß das Weltfinanzsystem nur noch wenige Zentimeter von einem Zusammenbruch entfernt ist, verhält sich die politische Klasse geradezu klinisch inadäquat. Unfähig, sich von den Denkaxiomen des untergehenden Systems zu befreien, verbleiben sie in ausgetretenen Bahnen, als ob sie Angst hätten, die Wirklichkeit des Zusammenbruchs wahrzunehmen.

Einfache Bürger hingegen fühlen sich weltweit durch die Erkenntnis verbunden, daß sie mit dem *Ancien Regime* keine Zukunft haben, weder in Nordafrika, noch in den USA. Solidaritätsbotschaften werden von Wisconsin nach Ägypten geschickt und von Irland nach Tunesien. Und gleich, ob sie gegen den Versuch eines despotischen Gouverneurs in den USA, der die Gewerkschaften zerschlagen will, auf die Straße gehen, oder für das Recht auf erschwingliche Brotpreise in Indien: niemand hat den jetzt herrschenden Geist besser ausgedrückt, als unser großer Freiheitsdichter Friedrich Schiller, dessen berühmter Rütli-Schwur seinerseits von der Unabhängigkeitserklärung der USA inspiriert war:

*„Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht,
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last – greift er
Hinauf getrost den Mutes in den Himmel,
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst –
Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht –
Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr
Verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben –
Der Güter höchstes dürfen wir verteid'gen
Gegen Gewalt – Wir stehen vor unser Land,
Wir stehen vor unsre Weiber, unsre Kinder!“*

In diesen Tagen offenbaren Regierungsvertreter und Politiker, ob sie auf der Seite des Gemeinwohls und der republikanischen Freiheit stehen, oder auf der Seite der Kasinowirtschaft und der Spekulanten, die entschlossen sind, ihr Recht auf Megaprofite und damit verbundene Privilegien zu verteidigen. In die erste Kategorie gehört z.B. der isländische Staatspräsident Olafur R. Grimsson, der sich jetzt zum zweiten Mal weigerte, einen Parlamentsbeschluss zu einer mit dem Bankrott der isländischen Landsbanki im Zusammenhang stehenden Entschädigung von britischen und holländischen Banken zu unterzeichnen. Stattdessen unterstützt er den von der Mehrheit des Volkes geforderten Volksentscheid. In Irland kann nach der Wahl ebenfalls ein Referendum erwartet werden. Zur zweiten Kategorie gehören Betonköpfe wie Strauss-Kahn oder Trichet, der die aus seiner Politik resultierende Inflation durch eine Senkung des Realeinkommens der Bevölkerung bekämpfen will.

Wolfgang Schäuble kann durchaus den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, der erste Finanzminister der G20-Staaten zu sein, der jetzt die Ergebnisse der Angelides-Kommission voll unterstützt, und sogar die abweichende Meinung der vier Mitglieder der Republikanischen Partei

eindeutig abgelehnt hat, wie er dies soeben in einer Rede an der Frankfurter Universität am *Center for Financial Studies* getan hat. Schäuble bestätigte ausdrücklich, daß das exzessive Pumpen von Liquidität, sprich exzessive Rettungspakete für die Banken und exzessive Deregulierung, also die Abschaffung des Glass-Steagall-Standards, für die Krise verantwortlich sind. Das ist ein wichtiger erster Schritt, für den Schäuble Anerkennung verdient. Leider konnte er sich aber nicht zu der einzig realistischen Lösung, der Wiedereinführung des Trennbankensystems auf globaler Ebene durchringen, sondern verwies auf das im Bereich des Monetarismus und des Eurosystems verbleibende geplante Restrukturierungsgesetz.

Dafür, daß die Zeiten sich ändern, spricht auch eine Umfrage, bei der von über 200 befragten Ökonomen aus dem deutschsprachigen Raum insgesamt 189 sich dafür aussprachen, daß der Aufkauf von toxischen Staatsanleihen durch die EZB die Euro-Krise verschärft und zur (Hyper-)Inflation führt. Nur sieben Ökonomen stimmten für die Aufkäufe und elf enthielten sich. Dabei ist die weltweite Inflation längst außer Kontrolle: bei dem armen Teil der Bevölkerung in Deutschland und in vielen Entwicklungsländern, in denen die Menschen bis zu 60 - 70% ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen, zahlt als Resultat dieser Politik bereits ein wachsender Teil mit ihrem Leben.

Zu den Gepflogenheiten des *Ancien Regime* gehört leider auch die nimmer enden wollende Saga um die Dissertation von Verteidigungsminister Guttenberg. Denn einmal abgesehen von dem Licht, das diese Geschichte auf ihn selber wirft, stellt sich doch auch die Frage, wie es einer Universität, die sich immerhin um ihren wissenschaftlichen Ruf sorgen muss, passieren kann, eine Doktorarbeit mit dem Prädikat „summa cum laude“ auszuzeichnen, bei der sich dann vermutlich 270 Seiten als abgekupfert herausstellen. Nun berichtet die BILD-Zeitung von einem zwischen 1999 und 2006 bestehenden Kooperationsvertrag zwischen der Universität Bayreuth und der Rhön-Klinikum AG, durch den 750 000 € an die Uni geflossen sind, um dort einen neuen Lehrstuhl für Medizinmanagement aufzubauen.

Nun ist die Rhön-Klinikum AG, in deren Vorstand Guttenberg von 1996 bis 2002 saß, und deren Klinik zuvor der Familie Guttenberg gehört hatte, bekannt für die Konzeption der Privatisierung des Gesundheitswesens, das einwandfrei zu einem Dreiklassensystem führt. Und beim Studium des Medizinmanagements geht es um die sogenannte Gesundheitsökonomie, bei der eine Kosten-Nutzen-Effizienz im Vordergrund steht, die natürlich unter den Bedingungen einer Zusammenbruchskrise fatale Auswirkungen hat. Nun mag dieser Kooperationsvertrag legal durchaus korrekt gewesen sein, ebenso wie die Gesundheitsökonomie leider inzwischen akzeptiert ist. Daß Guttenbergs Doktorvater aber ein so blindes Auge hatte, hat mindestens ein Geschmäckle. Um es noch einmal deutlich zu sagen: die Privatisierung des Gesundheitswesens gehört zu dem Paradigma der Globalisierung, die gerade untergeht, und der es zu verdanken ist, daß die

Bundesärztekammer nun die Aufweichung des hippokratischen Eids erlauben will, nach dem der Arzt nur dazu da ist, die Menschen zu heilen.

Noch gravierender ist allerdings, daß das gesamte politische Establishment sich von Guttenberg eine Reform der Bundeswehr, die praktisch auf eine Privatisierung hinausläuft, hat unterjubeln lassen, die ebenfalls zu der Axiomatik der Globalisierung gehört, die zudem dem sozialen Bereich wichtige Arbeitskräfte entzieht, und die, wie sich jetzt herausstellt, auch fachlich enorme Mängel aufweist und bei der wichtige Konsequenzen einfach übersehen wurden. Und Die Welt titelte schon: „Die Unterschicht übernimmt die Landesverteidigung“, da zu erwarten sei, daß künftig nur noch solche Personen zur Bundeswehr wollen, die anderswo chancenlos sind. Die Bundeswehrreform ist definitiv nicht im nationalen Interesse Deutschlands und sollte gestoppt werden.

« DIE MENSCHHEIT WIRD GERADE EINEM TEST UNTERZOGEN, OB WIR DIE MORALISCHE ÜBERLEBENSFÄHIGKEIT BESITZEN ODER NICHT. »

Niemand, der die Lage durchdenkt, wird leugnen können, daß der fortgesetzte Versuch, ein durch und durch marodes Finanzsystem durch weitere „Rettungspakete“ aufrecht zu erhalten, mehr Liquidität schafft, ergo mehr Spekulation, vor allem bei Rohstoff- und Lebensmittelpreisen, und dies wiederum zu mehr Hungerrevolten, zu mehr Flüchtlingswellen von Menschen führt,

die natürlich dahin kommen wollen, wo sie sich eine Überlebenschance ausrechnen —nach Europa. Natürlich hat die italienische Regierung recht, wenn sie mit diesem potentiell gigantischen Problem nicht alleine gelassen werden will. Und sie hat auch recht, wenn sie einen Marshall-Plan für Nordafrika fordert, aber wir brauchen einen Aufbauplan für die ganze Welt!

Realität ist, daß die Menschheit ein ganz kurzes Zeitfenster hat, innerhalb dessen wir die notwendige Reorganisation des Finanzsystems vornehmen können, und das monetäre System durch ein Kreditsystem in der Tradition Alexander Hamiltons, Franklin D. Roosevelts New Deal und des Glass-Steagall-Standards durchsetzen können. In Deutschland waren wir mit der Politik der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Roosevelts Reconstruction Finance Corporation zum Vorbild hatte, diesem Kreditsystem am nächsten und haben damit innerhalb weniger Jahre Deutschland erfolgreich aus einem Trümmerfeld zum Land des deutschen Wirtschaftswunders gemacht. An diese Tradition müssen wir anknüpfen.

Ein Kreditsystem hat nichts mit Geld zu tun, sondern hier sorgt der Staat durch die Vergabe von Krediten für künftige Produktion dafür, daß der Binnenmarkt und damit der Lebensstandard der eigenen Bevölkerung gesteigert wird. Es bedeutet auch, daß souveräne Staaten langfristige Kooperationsverträge für konkrete Industrie- und Entwicklungsprojekte miteinander schließen, bei denen es ausschließlich um die Steigerung der Produktivität der Arbeitskraft durch die Entwicklung des kreativen Potentials der Menschen geht. Entweder wir schaffen es, den Menschen wieder in den Mittelpunkt der Politik und der Wirtschaft zu stellen, oder wir stürzen in ein dunkles Zeitalter.

Schließen Sie sich uns an bei der wichtigsten Mobilisierung unseres Lebens!

SEIEN SIE DABEI, UNTERSTÜTZEN SIE DIE AKTIVITÄTEN DER BÜSO!

Senden Sie uns diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Postfach 221128 - 55050 Mainz

- Ja, ich möchte mich über die Arbeit der BüSo informieren. Bitte kontaktieren Sie mich.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen: Postbank Ludwighafen - BLZ: 545 100 67 - Konto Nr.: 166 027 676
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung Neue Solidarität vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen zu.

250211

Nachname					Vorname									
Anschrift														
PLZ					Ort					eMail				
Telefonnummer (Festnetz)					Telefonnummer (Mobil)									